



Stadt Köln



Vertrauenswürdige Digitalisierung als Fundament der nachhaltigen Transformation

Positionsbestimmung:
Christian Aegerter und Sabine Möwes



Dresdner Forderungen:

1. Komplexität verringern – neue Zusammenarbeit	2. Stärkung der digitale Daseinsvorsorge	3. Zentrale IT-Verfahren & Prozesse	4. Durchgängige Verwaltungsdigitalisierung	5. Nutzer*innen in den Mittelpunkt stellen
<ul style="list-style-type: none">• Komplexität der Zuständigkeiten im föderalen System verringern• Neue Wege der Zusammenarbeit und <u>Aufgabenverteilung</u> gehen• „Rückgabe“ von digitalen Pflichtaufgaben an die Gesetzgeber	<ul style="list-style-type: none">• Konzentration auf kommunale Aufgaben – Nutzung Gestaltungspotentiale im Interesse der Bürger*innen (Soziales, Kultur, Sport, Beteiligung)• Beratungsleistungen für Bürger*innen und Unternehmen• Demokratische Prozesse stärken	<ul style="list-style-type: none">• <u>OneStopShop</u> – zentrale Bereitstellung von IT-Prozessen von Aufgaben des Bundes/der Länder• Datenschutz, -Sicherheit und Schnittstellen zentral klären• Zentrale Ausschreibung• Reduktion und Vereinfachung von IT-Verfahren	<ul style="list-style-type: none">• Nicht nur digitales Front End – durchgängige Digitalisierung• Workfloworientierte & intelligente Systeme• Standardisierung zentraler Basis-komponenten• Durch Standards fallabschließende digitale Bearbeitung realisieren	<ul style="list-style-type: none">• Zentraler Support für Bürger*innen und Unternehmen zur Nutzung digitaler Systeme• Einfache Nutzung ermöglichen• Digitale Barrieren abbauen



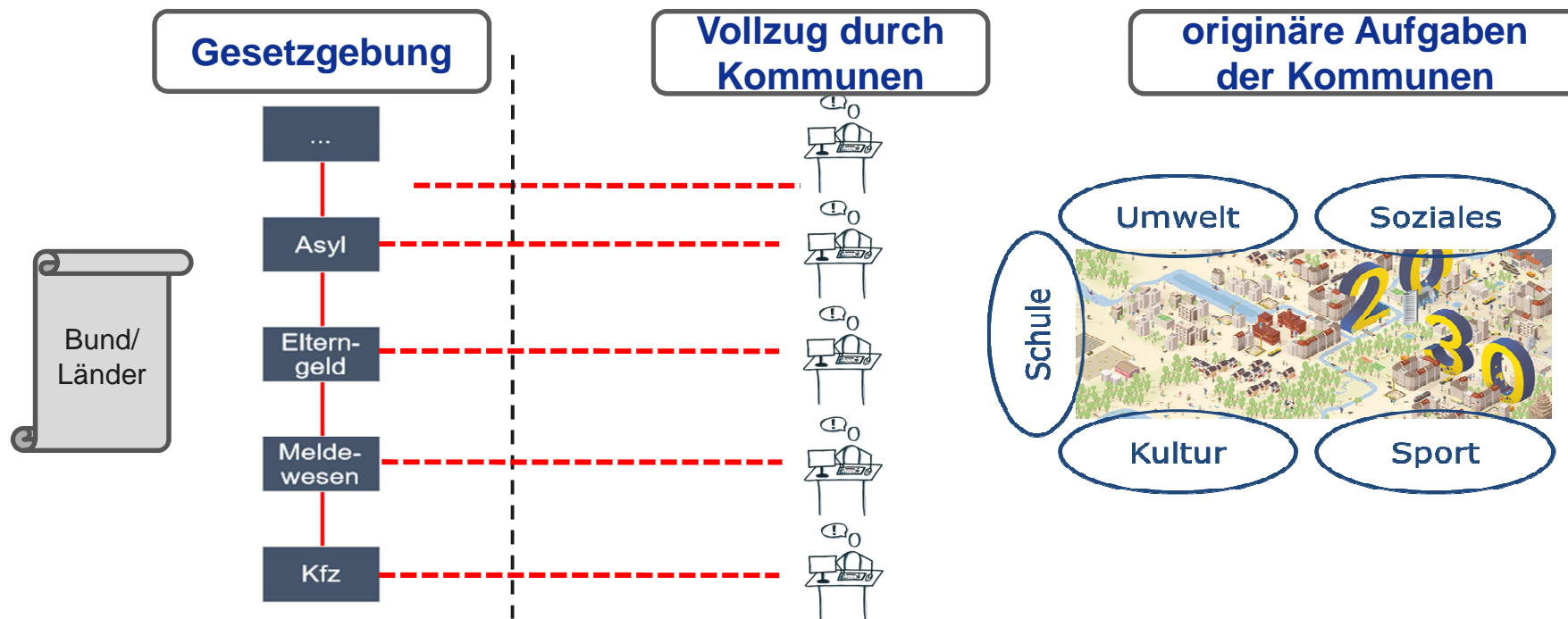
Die föderale Staatsstruktur passt nicht in die digitale Zukunft

- Der Widerspruch zwischen den digitalen Möglichkeiten im Privaten/in der Wirtschaft und der zögerlichen Umsetzung auf der staatlichen Ebene führt zu einem **Vertrauensverlust** in den Staat.
- Durch die hohe Komplexität der Aufgabenbearbeitung und der dafür erforderlichen IT in den föderalen Strukturen wird die Digitalisierung in allen Ebenen gehemmt!
- Das werden wir uns „digital“ nicht mehr leisten können





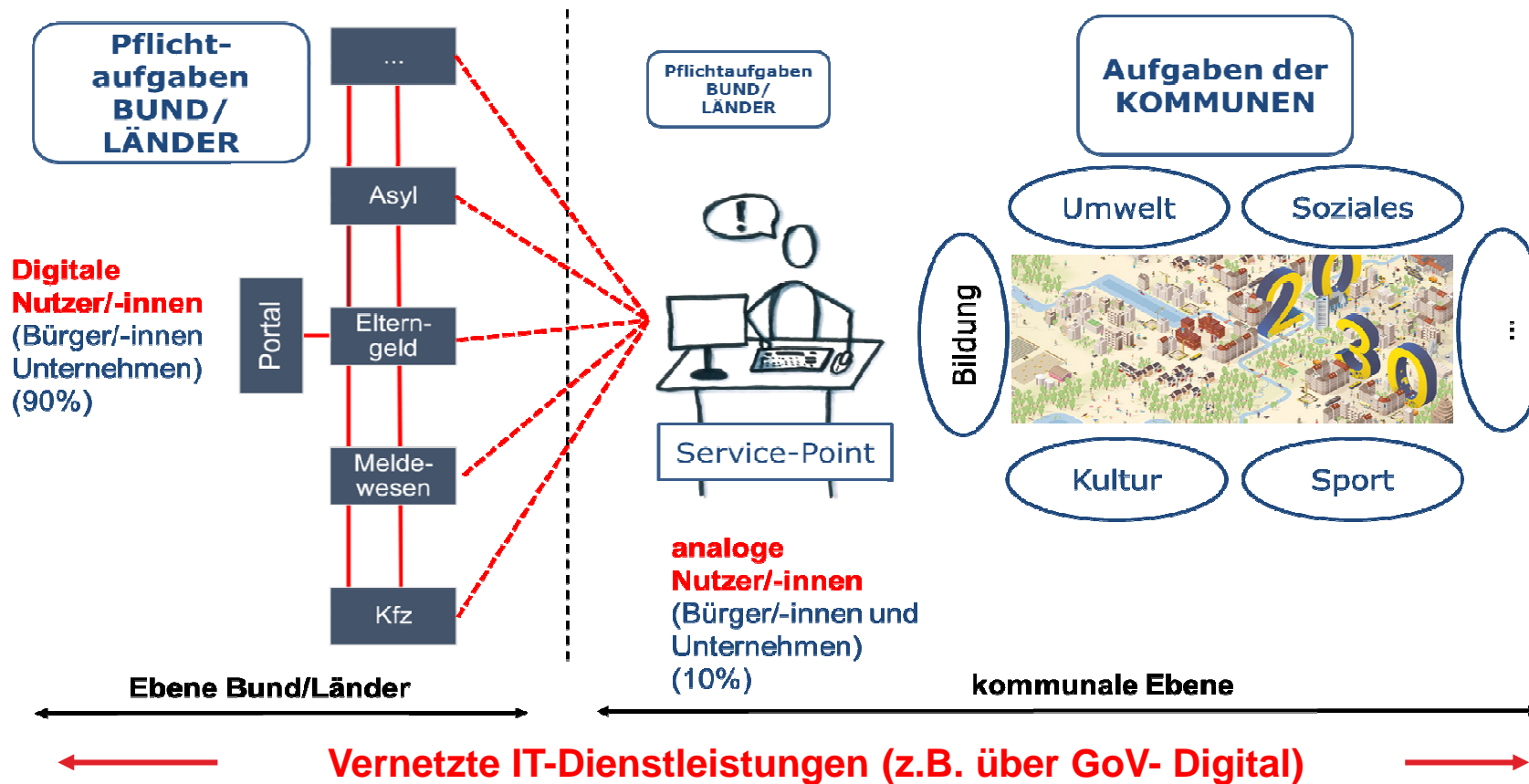
Der Weg zur neuen Verwaltung – derzeitige Situation



Zielbild 2030



Stadt Köln

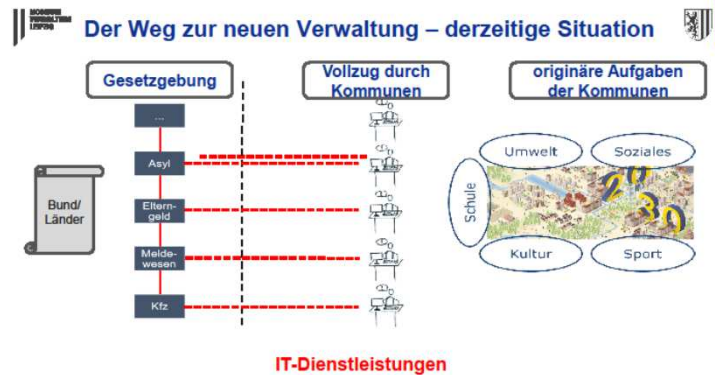




Der Weg zum Zielbild 2030

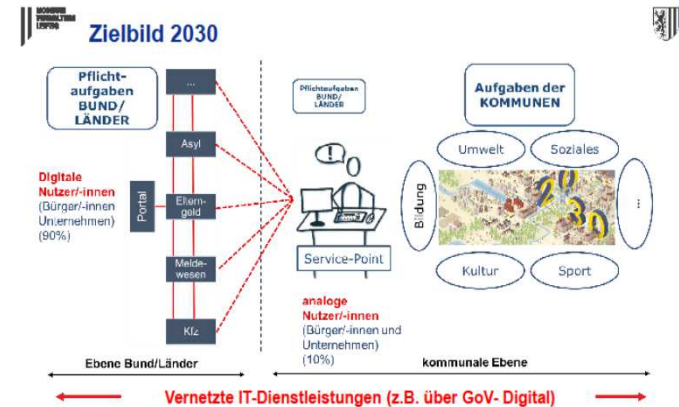
Offene Fragen auf diesem Weg sind strittig und müssen geklärt werden:

- Rollen der Akteure
- Zeithorizonte
- Prioritätensetzung in der Umsetzung (Neuverfahren vor Altverfahren?)
- ...



Stadt Leipzig - Hauptamt, Dr. Christian Aegerter

06.12.2021



Stadt Leipzig - Hauptamt, Hr. Dr. Christian Aegerter

06.12.2021



Bsp. Für Forderung 1 - Entscheidungskriterien für eine „besseren digitalen Prozess“ von Pflichtaufgaben z.B. des Bundes

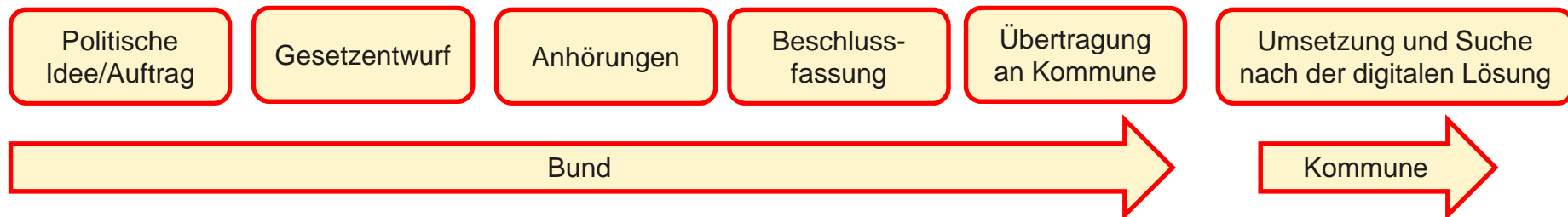
- **Grundsätzlich wird der Prozess digital gestaltet.**
- Der Prozess benötigt **keine ortsabhängigen** Entscheidungen.
- Der Prozess ist möglichst nicht verzweigt, keine Mitwirkung weiterer Behörden (sog. „**Ein-Personen-Prozess**“). Registerabfragen sind vorhanden.
- Die Prozesse müssen eine **Relevanz in den Fallzahlen** aufweisen.
- Es existieren **Anreizmodelle** für die digitale Inanspruchnahme digitaler Prozesse, z.B. über Gebührenregelungen.
- Der **analoge Kanal vor Ort bleibt erhalten**, dafür werden durch den **Bund zentral die IT-Systeme** zur Verfügung gestellt.
- Die Kommune erhält für die Aufgaben/ Leistungen einen **Zugriff auf die Daten**, soweit erforderlich.

Aktuelle gute Beispiele: Fördermittelverfahren (z.B. Energiekostenzuschüsse...)

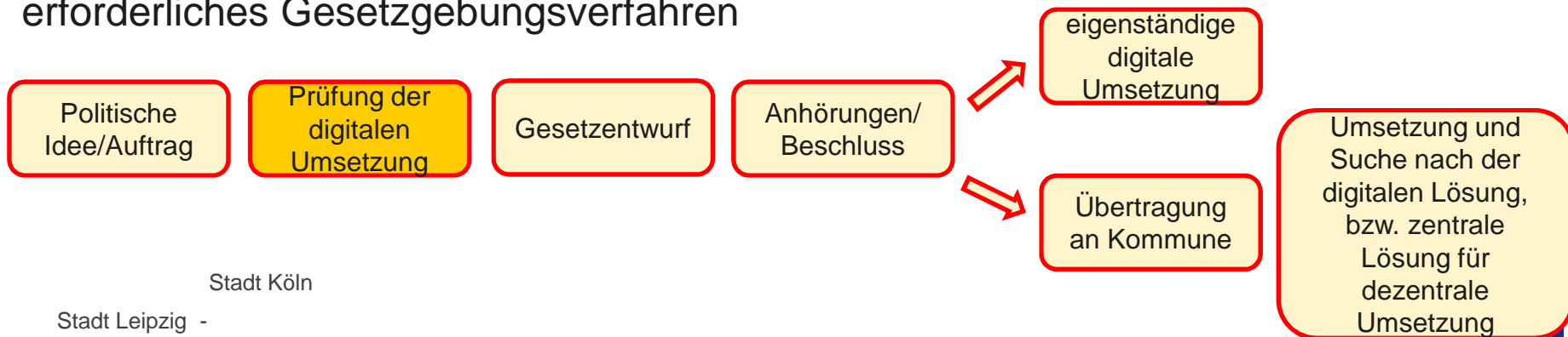


Aktuell wichtigster Knackpunkt ist eine neue Art des Gesetzgebungsverfahrens

heutiges Gesetzgebungsverfahren



erforderliches Gesetzgebungsverfahren





Wie weiter mit den Dresdner Forderungen?

- Es muss Konsens bei Bund, Ländern werden, dass alles, was neu kommt, automatisiert gedacht wird, insbesondere bei neuen Gesetzgebungsverfahren dies gleich digital denken.
- Politische Aufträge wirkungsorientiert denken („Mit Menschen reden“, Kreativität einfordern)
- Es geht nicht um konkrete Dienstleistungen.

Eckpunktepapier zum OZGÄndG, 23.05.2023

„Automatisierung und „Dresdner Forderungen“

- *In Zeiten von Fachkräfte- und Personalmangel bietet die Automatisierung von regelbasierten Verwaltungsverfahren sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung wie auch für die Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen durch mehr Nutzerfreundlichkeit große Vorteile. **Die Bundesregierung bittet ausgehend von den sog. Dresdner Forderungen die Länder (unter Einbeziehung ihrer kommunalen Ebene) – als Ergebnis des Kommunalpakts – bis zur regulären MPK mit dem Bundeskanzler im November dem Bund vorzuschlagen, für welche übertragenen Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung oder Auftragsangelegenheiten eine dezentrale technische Abwicklung verzichtbar ist. Dann wird der Bund prüfen, ob er zur Entlastung der Kommunen diese Aufgaben zurücknimmt oder nach § 4 OZG zentrale digitale Verfahren (in der Verwaltungscloud) bereitstellt.***
- weitere Verfahren ist nicht abgeschlossen, aber wohl eher ernüchternd

**Vielen Dank für
Ihre Aufmerksamkeit!**



Stadt Leipzig



Stadt Köln



Stadt Köln





Prüfung des kommunalen Aufgabenportfolios

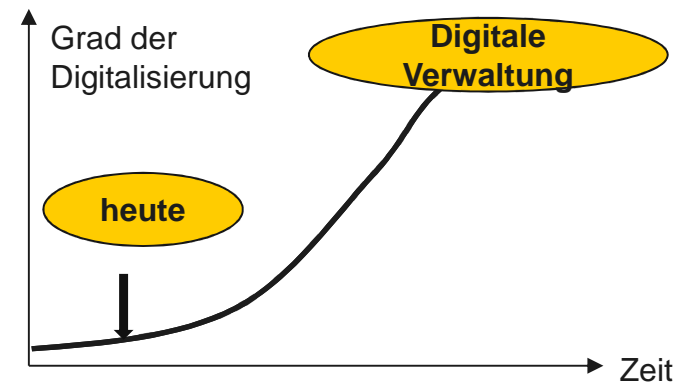
Nach einer ersten Prüfung des kommunalen Aufgabenportfolios würden darunter u.a. folgende Aufgabenfelder fallen:

- Melde-, Pass- und Personenstandsangelegenheiten
- Kfz- Angelegenheiten
- Führerscheinangelegenheiten
- Elterngeld
- Wohngeld
- Führungszeugnisse
- Ausbildungsförderung
- ...



Die nächsten Schritte:

- Lobbyarbeit für die „**Dresdner Forderungen**“ – bei den eigenen Fachbereichen, bei anderen Kommunen, bei den IT-Dienstleistern, bei den Spitzenverbänden auf Landesebene
- Land in die Pflicht nehmen und auch mal etwas „aussitzen“ – die Zeit für Fördermittelangebote an die Kommunen für „E-Government – Pilotierungen“ statt standardisierter digitaler Lösungen auf Landesebene - ist vorbei!
- **Dresdner Forderungen** einbetten in den Notwendigkeit einer grundsätzlichen föderalen Aufgabenveränderung „**Wer bestellt - bezahlt und setzt um, es sei denn, eine andere Struktur kann es besser**“
- Strukturen für die Zeit **DANACH** vorbereiten
 - wir sind bald komplett digital
 - haben neue Herausforderungen (Führung,
 - Kompetenz, Arbeitsplätze, Sicherheit ...)





Forderungen aus fachlicher Management-Sicht

- Forderungen aus fachlicher Management-Sicht
- Bereitstellung von IT-Fachverfahren und Online-Services bei Auftragsangelegenheiten des Bundes/ Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis, und das möglichst zentral
- Größtmögliche Komplexitätsreduzierung für Kommunen, vor allem aber eine Verbesserung zugunsten der eigenständigen Steuerung der Digitalisierung
- Stärkung des Beratungs- und Serviceauftrags der Kommunen
- Neben Bürger:innen und Unternehmen auch die Kommunen als Nutzerinnen in den Fokus nehmen
 - Beratungen sind Nutzungsfälle!
- Denken in Ökosystemen, um die vielen Abhängigkeiten beherrschbar zu gestalten



Was wir NICHT wollen:

- Wir wollen keinen Ab- oder Rückbau von Strukturen in Kommunen, die einen unmittelbaren Service für die Bürgerschaft oder Unternehmen erbringen, z.B. Bürgerbüros o.ä.
- Wir verfolgen keine revolutionären Ansätze, die das Ziel eines Zentralstaates oder einer zentralstaatlichen Verwaltung haben!
In diesem Zusammenhang wollen wir auch keine pauschale Rückgabe von übertragenen Bundes- oder Landesaufgaben
- Wir wollen keine Unterbindung des Wettbewerbs um die bestmöglichen IT-Dienstleistungen oder – Lösungen für Kommunen, bzw. den öD. Zugleich brauchen wir standardisierte und skalierbare IT-Organisationen
- Wir wollen keine Personalabbau in den Kommunen durch die intensivere Nutzung von IT-Unterstützung



Was ist nun heute zu tun?

- Digitalisierung macht nicht an den Stadtgrenzen halt. **Interkommunale Zusammenarbeit** hilft bei der gemeinsamen Bewältigung der Herausforderungen.
- Die **Einführung der elektronischen Akte** in den Verwaltungen, die Verknüpfung der Anforderungen aus dem OZG mit der internen Modernisierung von Prozessen ist nicht nur ein Gebot der Stunde, sondern auch die Erwartung einer neuen Generation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Verwaltungen.
- Digitalisierung kommt nicht von allein. **Projektmanagement**, Unterstützung durch die Führung und **Organisations- und IT-Kompetenz** sind erforderlich.
- Digitale Verfahren müssen für den Nutzer **anwenderfreundlich**, sicher und mit einem persönlichen Nutzen verbunden sein. **Gebührenanreize** für die digitale Verfahrensnutzung sind ein probates Mittel für die Nutzerakzeptanz.
- Der **Cybersicherheit** ist die erforderliche Aufmerksamkeit zu widmen. Die Gefahren durch Cyberangriffe werden weiter steigen, wie viele aktuelle Beispiele beweisen.
- Die Kommunen sollten selbstbewusst auf **Aufgabenerledigung durch Bund bzw. Länder** bei deren neuen Aufgaben pochen. Die Übertragung von weiteren Pflichtaufgaben, zumeist mit finanziellen Belastungen einhergehend, sollte zukünftig der Ausnahmefall werden.